

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 30. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

---

Sitzungsdatum: 15. April 2015  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Christoph Morat  
Franziska Pausa  
Franz Vogt  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter  
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste: Myrta Stohler, Landratspräsidentin

Entschuldigt: Peter Brack, Niklaus Morat, Beatrice Stierli, Semra Wagner-Sakar

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 11.02.2015, betreffend  
**Bedingter Rückzug der Gemeindeinitiative  
„Änderung Finanzausgleich“ vom 7. April 2011**  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 3986A
  2. Bericht des Gemeinderates vom 25.03.2015, betreffend  
**Planungs- und Vergabeverfahren „Wohnen Wegmatten“**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4233
  3. Interpellation von Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 20.01.2014, betreffend  
**200 Jahre bei der Eidgenossenschaft**  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4175 / A
-

4. Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 15.03.2015, betreffend **Totalrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates**, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: Präsidentin Rahel Balsiger Sonjic Geschäft 4067B
5. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 07.05.2014, betreffend **Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4190 / A
6. Postulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.02.2015, betreffend **Sicherheitskonzept für das Primarschulschwimmen**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4228

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

**Für das Protokoll:**

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 30 vom 15. April 2015**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Jürg Vogt

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Jürg Vogt**, Präsident: Guten Abend, ich begrüsse alle Einwohnerräte, Gemeinderäte, die Herren und Damen der Presse, das Publikum und speziell heute Abend die Landratspräsidentin, Frau Stohler. Sie hat den Weg zu uns gefunden, das freut uns sehr. Ich habe hier ein kleines Präsent für sie.

**[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

Ich komme zu einer traurigen Mitteilung. Wie Sie wissen, ist unser Einwohnerratskollege, Herr Bourgnon, verstorben. Es liegt zwar bereits sechs Wochen zurück. Wie ich aus Rückmeldungen und Gesprächen mit Ihnen bemerkt habe, war es für uns alle überraschend und er war ein sehr geschätzter Einwohnerrat. Ich bitte Sie um eine stehende Schweigeminute.

---

Sie haben alle die Einladung zum Workshop Verwaltungsreform auf dem Tisch, das Detailprogramm. Von Nicole Müller habe ich von keiner Entschuldigung gehört. Wir gehen also davon aus, dass alle Einwohnerräte an diesem Samstagmorgen dabei sein werden. Es ist wirklich wichtig und wir haben lange daran gearbeitet. An diesem Samstag können Entscheide weitergetrieben werden, muss es überhaupt eine grosse Sache werden oder ist alles so gut, wie es jetzt ist. Das können wir am Samstag, 25. April, zusammen besprechen. Ich bedanke mich dafür, dass alle kommen können. Es wurden keine dringlichen Geschäfte eingereicht. Übriger Vorstoss ist das Postulat Sicherheitskompetenz für das Primarschulschwimmen. Es gibt eine kleine Anfrage, Arbeit und Verdienst in Allschwil und Basel-Stadt. Ein weiteres Geschäft ist Armut in Allschwil und eine kleine Anfrage Rollender Verkehr Baslerstrasse Allschwil nicht behindern. Postulat Teilstück des Herrenwegs von der Oberwilerstrasse bis zum öffentlichen Parkplatz Spitzwald mit einem durchgehenden Trottoir ergänzen. Das sind die eingegangenen Geschäfte. Gibt es ein Wortbegehren zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, somit ist diese genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 11.02.2015, betreffend  
Bedingter Rückzug der Gemeindeinitiative  
„Änderung Finanzausgleich“ vom 7. April 2011  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 3986A

---

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Sie haben das Papier gelesen. Wir haben im Februar ausgiebig über den Finanzausgleich diskutiert. Der ausgehandelte Kompromiss, der in der Landratsvorlage aufgenommen wurde, ist für beide Seiten fair und tragbar. Der Gemeinderat und die anderen Initiativegemeinden sind klar der Meinung, dass die Gemeindeinitiative zurückgezogen werden kann, wenn der Landrat bei der Beratung des Gegenvorschlags nicht in wesentlichen Punkten zu Ungunsten der Gebergemeinden entscheidet. Deshalb bittet Sie der Gemeinderat ihr die Kompetenz für den Rückzug der Gemeindeinitiative zu erteilen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Detailberatung. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Darf ich also davon ausgehen, dass wir gerade über den Antrag des Gemeinderates abstimmen? Gut, dann machen wir das so.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Gemeindeinitiative zurückzuziehen.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 25.03.2015, betreffend  
Planungs- und Vergabeverfahren „Wohnen Wegmatten“  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4233

---

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich möchte in Anbetracht des heutigen wichtigen Geschäftes nur kurz auf die Vorlage eingehen. Am Montag haben der Hauptabteilungsleiter Hochbau – Raumplanung Jürgen Johner und ich mit verschiedenen Fraktionsmitgliedern bereits über dieses Geschäft gesprochen.

---

---

Nochmals herzlichen Dank für diese Bereitschaft. Ich gehe nur noch auf ein paar Sachen ein in meinem Eingangsvotum und bin dann bereit für Fragen, falls solche auftauchen. Bei den Fragen war zuerst eine Bedarfsabklärung in der Luft. Wir möchten auf den Wegmatten 40 Wohnungen erstellen, betreutes Wohnen im Alter. Die Anzahl Alterswohnungen im Moment sind 95 beim Altersheim am Bachgraben. Im Alterskonzept wird von einem Bedarf von rund 103 Wohnungen im 2015 gesprochen, im 2020 bereits von 122 Wohnungen. Ein mittleres Szenario im 2009 waren 162 Wohnungen, ein tiefes Szenario 101 Wohnungen. Die Alterskommission hat sich auf einen Mittelwert von 122 Wohnungen, welche wir im 2020 ausweisen sollten, festgelegt. Aktuell haben wir 95 Wohnungen im Altersheim. Dort wird wahrscheinlich reduziert. Diese Wohnungen werden sanft reduziert. Sie konnten das alle der Presse entnehmen im Verlauf der letzten Woche. Im Langmatten II werden 36 Alterswohnungen erstellt und jetzt sollen auf den Wegmatten 40 Wohnungen erstellt werden. In den Unterlagen ist dies genau beschrieben. 30 2,5-Zimmer Wohnungen und 10 1,5-Zimmerwohnungen.

Im 2009 ging man davon aus, dass es 3436 betagte Menschen über 65 in Allschwil gibt. Aktuelle Zahl vom 31.12.2014 4616. Bei der Gruppe 80 plus ist man mittlerweile höher als man es im 2009 geschätzt hat. Dort hat man von 1473 Menschen über 80 gesprochen. Heute aktuell haben wir 1576. Diese Zahlen darf man so interpretieren, dass der Bedarf an Alterswohnungen gegeben ist. Wir würden in ein Manko fallen, wenn wir die Wegmattenwohnungen im 2019 nicht realisieren könnten.

Der Bezug der heutigen Vorlage zum Architekturwettbewerb, den wir bereits gemacht haben, war nicht klar. Sie können sich an die Masterplanung Wegmatten erinnern, der ist auch eine Volksabstimmung gefolgt. In der Volksabstimmung hat das Volk davon gesprochen, dass man die Wohnungen zu einem moderaten Baurechtszins erstellen soll. Daraufhin wurde ein Architekturwettbewerb vor allem für die Erstellung des Parks auf der Wegmatten lanciert. Der Architekturwettbewerb hat das Landschaftsplanungsbüro Manoa gewonnen. Diese sind im Augenblick mit dem Vorprojekt fertig. Dies wird im Mai im Gemeinderat zum ersten Mal vorgestellt. Bereits bei der Ausarbeitung des Wettbewerbs des Wegmattenparks hat man festgestellt, dass die Bebauung, welche der Sieger vorgeschlagen hat, nicht optimal ist. Das wäre wünschenswert gewesen, dass wir das Projekt mit der Bebauung übernehmen können. Dort hat man aber festgestellt, dass noch mehr drin liegt bezüglich einer optimalen Bebauung. Wir haben uns Gedanken gemacht, was noch möglich wäre bezüglich Bebauung. Mit dem Verfahren, das wir nun einleiten, mit der Beauftragung des Gemeinderates mit einem Studienauftrag, wollen wir die bestmögliche Qualität erreichen bezüglich der Bebauung des Wegmatten Wohnteils. Der Gemeinderat schlägt Ihnen das Verfahren so vor, weil dies unserer Meinung nach am besten den politischen Auftrag aus der Volksabstimmung abbildet.

Wir haben den politischen Auftrag des Volks und da liegen wir absolut im Plan. Man hat eine Planungsstappung gemacht. Der Park ist bereits am Ziel mit dem Vorprojekt und der Ausarbeitung eines Kostenvoranschlags für die Erstellung. Bei Etappe 2 kommt es zum betreuten Wohnen. Das ist die mittelfristige Planung für das Gesamtareal der 38'000 Quadratmeter. Da schreiten wir nun fleissig voran. Man hat in dieser Vorlage klar den Auftrag erhalten des Baurechts und kein Verkauf. Somit ist es sichergestellt, dass es Mietwohnungen geben wird. Es wird im Baurecht vermutlich kein Eigentum geben, sondern Mietwohnungen. Dies liegt voll auf der Linie des Gemeinderates, welcher die 40 Alterswohnungen in Miete erstellen möchte.

Es ist ein partnerschaftliches Baurechtsmodell. Es gibt mehrere Baurechtsmodelle. Wir haben uns für die partnerschaftliche Version entschlossen, das Basler Modell. Wenn der Investor gut arbeitet, dann partizipiert die Gemeinde Allschwil analog der Einsätze, die wir geben. Unser Einsatz ist das Land dort. Entsprechend partizipieren wir, falls dort mehr Ertrag wäre. Das vorliegende Modell mit dem Mietverfahren mit einem Studienauftrag für die architektonische Gestaltung, worüber dann auch der Einwohnerrat abstimmen kann, und die Vergabe des Baurechts ist erprobt und nicht Neues. Die Gemeinde Köniz bei Bern arbeitet nur nach diesem Modell. Es wurden weitere Überbauungen lanciert in der Gemeinde Burgdorf, in Sursee oder in Baden. Es gibt gute Beispiele, dass dieses Modell funktioniert. Es ist also kein Prototyp, sondern ein gängiges Modell, das so funktioniert. Es ist noch eine Frage aufgetaucht bezüglich der Kosten für die Gemeinde. Die bisherige Begleitung des Projekts ist budgetiert. Der Studienauftrag in Phase 2, das wäre in einem anderen Fall ein Wettbewerb, wird mit rund CHF 250'000 bis CHF 300'000 geschätzt. Dies wird von der Bietergesellschaft bezahlt. Also von denen, die sich dafür interessieren, bei den Wegmatten zu investieren. Diese bezahlen in das Kässeli ein und davon wird der Studienauftrag finanziert. Unsere Investition ist in Phase 3, der Quartierplan mit dem Reglement. Das erstellt die Gemeinde Allschwil. Die Kosten dafür sind ungleich kleiner wie der Mehrwert, den wir erhalten, wenn wir dem Investor das Risiko der Genehmigung des Quartierplans abnehmen.

Noch kurz zu den Anträgen aus den Parteien. Es sind zwei Anträge eingegangen. Ein Antrag ist von der GLP. Diese stellt den Antrag, dass man im Planungs- und Vergabeverfahren die SIA-Norm 500 anwendet, hindernisfreie Bauten, und die Merkblätter berücksichtigt, Gestaltung von altersgerechten Wohnbauten. Liebe GLP/BDP-Fraktion, Sie rennen offene Türen ein. Es steht bereits drin, dass SIA 500 zwingend angewendet werden muss. In Baselland wird gar nichts mehr bewilligt, wenn es nicht der SIA-Norm 500 entspricht, öffentliche Gebäude. Im Planungs- und Baugesetz Baselland, Paragraph 108 und dem entsprechenden Artikel im Zonenreglement, Paragraph 12, steht auch, dass SIA 500 zwingend

---

angewendet werden muss. Ich bitte Sie, diesen Antrag zurückzuziehen, weil es sowieso gewährleistet ist, dass wir nach den anerkannten Kriterien arbeiten.

Es gibt einen Antrag der FDP. Sie stellen den Antrag, dass wir das Bewertungsgremium aufstocken mit einem Juristen mit Spezialgebiet Baurecht und zwei ausgewiesenen Fachleuten für Projektentwicklung. Wir haben bereits einige Fachleute für Projektentwicklungen in diesem Bewertungsgremium drin. Ich weiss nicht, ob es zielführend ist, wenn man einen Juristen oder einen Projektentwicklungsmenschen in dieser ersten Phase, wo es einzig darum geht, dass man die Prä-Qualifikation der Anbieter vornimmt, zuzieht. In dieser Phase geht es um technische Themen wie Bonitätsprüfungen und Referenzüberprüfungen, was haben sie bisher geleistet und sind sie in der Lage, diese Eignungs- und Zuschlagskriterien zu erfüllen. Die zweite Aufgabe des Bewertungsgremiums ist es, dass sie Anträge an den Gemeinderat stellt. Der Gemeinderat erteilt dann den Zuschlag. Das Verfahren wird heute dem Einwohnerrat vorgelegt, damit der Einwohnerrat dem Gemeinderat die Kompetenz erteilt, damit wir das Bieterverfahren so lancieren und den Baurechtsvertrag abschliessen können mit dem Gewinner dieser Ausschreibung. Ich bitte auch hier darum, dass die FDP-Fraktion diesen Antrag zurückzieht. Es wird noch ein externer Immobilienfachmann in das Gremium gewählt, das ist die vakante Stelle, die aufgeführt ist. Aus Sicht des Gemeinderates ist das eine Veredlung, die mehr Geld kostet als Nutzen bringt.

**Jürg Vogt**, Präsident: Ich danke für die ausführlichen Ausführungen. Christoph Morat hat bereits mehr als ein Eintretensvotum gehalten. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Detailberatung. Ich bitte den Rat, zuerst allgemeine Voten zu machen. Danach gehen wir zuerst die Ausschreibungsunterlagen für eine Bauträgerschaft abschnittsweise durch. Dort sind bereits zwei Anträge bekannt.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion kann der Vorlage des Gemeinderates vorbehaltlos zustimmen. Ich möchte drei Punkte besonders erwähnen. Wir finden es toll, dass die Baurechtsauflage eingehalten wird. Von der Baurechtssituation könnten auch die Bürgergemeinde oder Genossenschaften Gebrauch machen. Zweitens möchte ich das altersgemischte Wohnen hervorheben. Das ist ein wichtiges Anliegen von uns. Man redet nur vom altersbetreuten Wohnen. Es geht um 120 Wohnungen und 40 davon sind altersbetreutes Wohnen. Ein Altersghetto könnten wir nicht befürworten. Drittens mag das vorgeschlagene Verfahren auf den ersten Blick einen komplizierten Eindruck machen. Es ist aber sehr intelligent und zielführend, ich konnte das selber in Baden bei der Umsetzung beobachten.

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Wir können auch ziemlich gut dahinter stehen. Der einzige Kritikpunkt ist das Vorgehen. Wir hätten es vorgezogen, wenn die VPK kurz einbezogen hätte. Es wurde relativ speziell gemacht, der Bonus ist nun, dass wir damit Zeit gewonnen haben, das ist auch nicht schlecht. Kurz zum Antrag der FDP. Ich bin erstaunt, dass dies von der FDP als Sparapostel kommt, sie möchten zwei bis drei zusätzliche Stellen finanzieren. Diese Leute kauft man ein, die arbeiten nicht gratis. Ein Fachmann ist bereits drin. Und noch etwas zum Juristen, ist nicht ganz ernst gemeint, aber hat doch Sinn. Ein guter Freund, der ein Planungsteam von ein paar hundert Leuten hat, hat mir vor zwei Jahren gesagt: Wenn du einen Vertrag von 40 Seiten hast und ihn einem Juristen gibst, dann hast du nachher einen Vertrag von 400 Seiten, den niemand mehr versteht.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich möchte kurz zu den Voten allgemein Stellung beziehen. Das Votum von Gemeinderat Morat zum Rechtsvertreter. Das ist eine gewisse Signalwirkung, die man damit macht. Das kann man diskutieren, ob das richtig ist, wenn man von Anfang an einen reinnimmt. Solche Verträge, das haben wir vorhin gehört, sind relativ komplex. Faktor 10, ich arbeite auch mit Rechtsvertreter, ist in der Regel nicht da, aber dafür haben wir Sicherheit. Ja, wir sparen schon, aber in einem Planungsverfahren spart man am Anfang am meisten, wenn es um die Verträge und das Konzeptionelle geht. Das Geld ist dort nicht zum Fenster hinaus geworfen, wenn man versierte Leute nimmt, die diese Verfahren kennen. Die Wirkung ist relativ gross, wenn man in der Ausführung die Fehler, welche bei der Vergabe gemacht wurden, ausbaden muss. Eine solche Jury hat bei den Anbietern eine Signalwirkung. Eine Jury wird relativ genau studiert. Aufgrund der Jury überlegen sich Anbieter sehr detailliert, ob man an einem Verfahren überhaupt teilnehmen möchte oder nicht. Darum plädieren wir sehr wohl darauf, dass man die Jury durch die Spezialisten verstärkt. Wie einleitend gesagt, ein Rechtsanwalt muss es nicht zwingend sein. Das wäre vielleicht eine etwas scharfe Signalwirkung. Aber wir sind sicher der Meinung, dass zwei ausgewiesene Spezialisten dazu müssen. Es geht nicht darum, die Spezialisten des Hochbauamtes zu schmälern, aber die haben halt nicht so einen bekannten Namen wie andere, die auf dem Markt arbeiten.

**Jérôme Mollat**, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion unterstützen dieses Projekt Wohnen Wegmatten. Es ist uns ein Anliegen, dass vergünstigte Wohnungen nur den wirklich Bedürftigen zukommen. Christoph Morat hat uns zugesichert, dass dem Rechnung getragen wird. Es wird sichergestellt, dass zum Beispiel eine Millionärswitwe nicht von den vergünstigten Wohnungen profitieren kann. Wir werden unsere Anträge zurückziehen aufgrund der Erläuterungen des Gemeinderates.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion kann den Anträgen des Gemeinderates folgen. Ich habe eine Frage an Gemeinderat Morat bezüglich der Baurechtszinsen. Er hat gesagt, dass man die Wohnungen darum als Mietwohnungen anbieten möchte, und es sollen keine Eigentumswohnungen geben, eigentlich. Wie ist dieses "eigentlich" gemeint? Dem Antrag der FDP können wir nicht zustimmen. Bei den Juristen und den bekannten Namen ist es im Hinblick auf Kosten so, dass bekannte Namen oft auch bekannte Stundenansätze bei der Verrechnung haben. Wenn man das Gremium erweitern möchte, dann stellt sich die Frage, ob es sinnvoll wäre, wenn aus der VPK der Präsident oder der Vizepräsident da drin wären. Es interessiert mich, ob man dies in Erwägung ziehen könnte.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion unterstützt die Anträge des Gemeinderates. Für uns ist es wichtig, dass es jetzt vorwärts geht. Zu den Voten über die Juristen möchte ich mich nicht äussern.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich möchte die Fragen beantworten. Wir haben einen sehr versierten Jurist bei uns im Haus, Ruedi Spinnler. Er hat sich etwas spezialisiert auf Fragen des Baurechts. Er kann uns hier bestens beraten. Ich habe hier ein ganzes Bündel von Verträgen und Regelungen, welche wir immer mit unserem Hausjuristen zuerst anschauen. Mit Ruedi Spinnler haben wir eine sehr kompetente Persönlichkeit in unseren Reihen. Wir möchten davon absehen, einen externen Juristen damit zu beauftragen. Dies ist kein Vorbehalt des Gemeinderates gegenüber Juristen. Eigentumswohnungen im Baurecht, das passt nicht. Ich weiss nicht, wer eine Eigentumswohnung kaufen würde, wenn er nach 50 Jahren nicht mehr sicher ist, ob der Baurechtsvertrag verlängert wird. Es gibt vielleicht Modelle von irgendwelchen Anbietern. Wir wissen ja noch nicht genau, wer als Investor auftritt. Das könnten eine Pensionskasse oder private Investoren sein, die lieber keine Negativzinsen bezahlen auf der Bank. Das könnten aber auch Baukonsortien sein. Es gibt vielleicht jemand, der sagt, dass er es mit Eigentumswohnungen riskiert. Ich kann mir aber nicht vorstellen, wer das kaufen würde, wenn man nicht weiss, was in 50 Jahren mit der Heimfallregelung ist. Das habe ich vorhin mit dem Wort eigentlich gemeint. Wir gehen mit gesundem Menschenverstand davon aus, dass es Mietwohnungen. Ich möchte noch etwas zu Andres Bärtsch sagen. Vielleicht liegt hier eine kleine Verwechslung vor. Wir diskutieren heute hier bei diesem Bewertungsgremium nur über die Präqualifikation von Anbietern, von Investoren. Im zweiten Teil, beim Studienauftrag Wohnen Wegmatten, kommt dann der Architekturwettbewerb nach SIA 142 oder 143. Dort sitzen dann namhafte Architekten drin, dort müssen wir auch gemäss SIA-Formel verfahren, nämlich einen Fachrichter mehr wie Sachrichter. Ich kann die Karten heute auf den Tisch legen, es wird dort in etwa das gleiche Gremium sein wie beim Wegmatten-Park. Herr Steib, Herr Lohmann, Pascal Gysin als Landschaftsplaner, und Jürgen Johner, der auch Architekt ist und mittlerweile einen Namen hat unter den Architekten in Basel. Dort sind wir uns bewusst, dass es namhafte Leute drin haben muss. Man darf es nicht verwechseln. Es gibt beim Studienauftrag eine Jury. Hier haben wir nur die Bewertung der Eignungskriterien der Investoren. Das ist keine wahnsinnig grosse Aufgabe. Es ist ein Abchecken, ob die Bonität da ist. Diese Punkte können Sie dann alle der Vorlage entnehmen, welche überprüft werden müssen. Sind das die richtigen Leute, die wir zur Präqualifikation zulassen. Wenn es dann in Phase 4 darum geht, den Zuschlag dem Gemeinderat vorzuschlagen, dann muss das Gremium zusammensitzen, die Angebote auf das fixfertige Projekt, welches der Einwohnerrat mit dem Quartierplan bewilligt hat. Dies wird dem Gemeinderat vorgeschlagen und der Gemeinderat schliesst dann den Baurechtsvertrag ab. Bis dorthin hat der Einwohnerrat immer die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen, falls etwas auftaucht, was jetzt nicht in den Plänen steht. Ich bitte darum, hier keine Verwechslung zu machen zwischen der Jury des Studienauftrags und dem Bewertungsgremium, das nur ausliest, inwiefern es sinnvoll ist, welche Anbieter und Investoren zum Verfahren zugelassen werden sollen. Beim Architekturwettbewerb sollten Leute drin sein, die bekannt sind, da sind wir uns einig, damit die Büros auch Lust haben am Wettbewerb mitzumachen. Ich bitte nochmals darum, den Antrag zurückzuziehen. Zur Frage des VPK-Präsidenten. Vielleicht konnte man jetzt meinem Votum nochmals entnehmen, dass es keine sehr spannende Sache ist. Es geht darum, nach Checkliste zu überprüfen, ob die Leute geeignet sind. Ob der VPK-Präsident die Kompetenz und die Zeit hat, dies zu überprüfen, muss ich ihm

---

überlassen. Wir sperren uns nicht dagegen, aber wir finden es nicht notwendig. Es wächst kein Mehrwert daraus hervor.

**Roland Naef**, fraktionslos: Christoph Morat hat das erklärt, was ich sagen wollte. Man darf das eine nicht mit dem anderen vergleichen. Jetzt geht es um die erste Phase, dazu braucht es keinen Juristen und auch sonst niemanden. Das kann man mit wenig Geld machen, dafür haben wir genügend Fachleute in der Gemeinde. Der Einwohnerrat hat beim Quartierplan die Möglichkeit die Reissleine zu ziehen. Bis dorthin kostet es relativ wenig, weil der Investor bezahlt. Die Vorlage finde ich sehr gut, sie scheint am Anfang sehr kompliziert, vor allem, wenn man nicht mit dem Bauen vertraut ist. Ich finde es eine gute Sache, ich finde auch das Vorgehen gut. Bei der heutigen Knappheit des Bodens und von Bauland kommt dieses Vorgehen immer öfters vor. Man sucht potente Investoren oder Investorengruppen, welche nachher etwas umsetzen, das im Sinne der Gemeinde ist. Ich stehe vorbehaltlos dahinter, die gestellten Anträge sind nicht nötig. Der Antrag der FDP kostet nur, weil ein Baurechtsjurist andere Honorare hat als ein Architekt.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung. Wir beginnen mit der Detailberatung der Ausschreibungsunterlagen für die Bauträgerschaft.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

A. Einleitung

B. Allgemeine Bestimmungen zum Verfahren

C. Projektkennwerte

D. Ablauf und Termine

E. Genehmigung

**Jürg Vogt**, Präsident: Die FDP hat einen Antrag bei B zu den Bewertungskriterien gestellt. Bleiben Sie bei diesem Antrag?

**Andres Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ja, wir bleiben bei unserem Antrag wie formuliert.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir stimmen somit über den Antrag der FDP-Fraktion ab.

**Andres Bärtsch**, FDP-Fraktion: Aus Sicht der FDP-Fraktion ist für das Vergabeverfahren Wohnen Wegmatten ein breit abgestütztes Bewertungsgremium aufzustellen. Neben den bereits bekannten Mitgliedern der Gemeinde sind aus unserer Sicht zusätzlich ein Jurist mit dem Spezialgebiet Baurecht sowie ein bis zwei ausgewiesene externe Fachleute.

**:::**

Dieser Antrag wird mit 6 Ja und 27 Nein abgelehnt.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung des Berichts des Gemeinderates. Wünscht jemand abschnittsweise Beratung? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zu den Anträgen des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die beiliegenden "Ausschreibungsunterlagen für eine Bauträgerschaft" werden genehmigt.

**:::**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Das mehrstufige Verfahren mit der Ausschreibung der Bauträgerschaft, dem Studienauftrag, der Quartierplanung bis und mit der Projektvergabe an eine Bauträgerschaft wird genehmigt.

**://:**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

3. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des Verfahrens wie unter Ziffer 5.2 beschrieben und der Vergabe des Baurechts nach den Vergaberichtlinien des öffentlichen Beschaffungswesens.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

4. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit dem entsprechenden Abschluss eines Baurechtsvertrags unter Einhaltung der Ziffer C4 der beiliegenden Ausschreibungsunterlagen.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen. Wir werden das so umsetzen, sodass Sie dieses Geschäft weiterhin erfreut.

01.030      Einwohnerrat

### **Traktandum 3**

Interpellation von Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 20.01.2014, betreffend  
200 Jahre bei der Eidgenossenschaft  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4175 / A

---

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Die Interpellation wurde im Januar 2014 eingereicht und erst heute wird Sie beantwortet. Für die einen ist dies vielleicht zu spät, für die anderen liegt das noch im Rahmen. Der Grund für die späte Beantwortung ist, dass für den Gemeinderat von Anfang an klar war, dass wir diesen Anlass und die Feierlichkeiten zusammen mit den übrigen Birsecker Gemeinden feiern und keinen Alleingang wollten, unter anderem aus Kostengründen. Wir sassen damals in der Leistungsüberprüfung und wussten, wie eng unsere Finanzlage werden wird. Es war lange Zeit nicht klar, was mit diesem Anlass passieren soll, auch innerhalb des OK der Birsecker Gemeinden. Es war nicht ganz klar, welche Gemeinde mitmacht und was die einzelnen Gemeinden am Schluss machen. Für den Gemeinderat war es wichtig, die Interpellation so zu beantworten, dass Sie etwas mit den Antworten anfangen können. Wir wollten nicht nur schreiben, dass wir es nicht wissen oder es noch nicht überlegt haben und vielleicht kommt es dann doch anders. Darum ging das so lange. Heute stehen wir hier und wir wissen, was wir machen möchten. Mich persönlich freut es fest, dass wir diesen Anlass so feiern können wie geplant, nämlich mit dem Vortrag von Max Werdenberg zu einem geschichtlichen Rückblick, wo vor allem die Gemeinde Allschwil im Vordergrund steht, 31. Juli ab 17.00 Uhr. Nachher soll auf der Läuoperen das mehr oder weniger übliche 1. Augustfest stattfinden. Sie konnten dies alles in den Antworten zur Interpellation lesen.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Bevor ich zu meinen Kritikpunkten zur Beantwortung der Interpellation komme, möchte ich dem Gemeinderat danken für die Organisation dieses Jubiläums, das in Allschwil im Rahmen der 1. Augustfeier begangen werden wird. Es sind gute Ideen eingeflossen und es ist eine grosse Leistung des Gemeinderates, dass er es geschafft hat, dass wir sogar einen Bundesrat begrüßen dürfen. Herzlichen Dank dafür. Auch ist es ein Anlass, wo die ganze Bevölkerung daran teilnehmen kann. So sehe auch ich das, nämlich dass wir nicht im kleinen Rahmen für eine abgeschlossene Gruppe feiern,

---



---

sondern dass alle mitmachen können. Soweit bin ich zufrieden, wie das Jubiläum in Allschwil begangen wird.

Wie es unsere Gemeindepräsidentin bereits angetönt hat, wurde diese Interpellation im Januar letzten Jahres eingereicht. Es war mir damals bewusst, dass es noch früh ist, wollte aber einfach wissen, ob man sich bereits Gedanken gemacht hat oder merkt man mit meinem Vorstoss, dass ein Jubiläum auf uns zukommen wird. Die Antworten auf die einzelnen Fragen passen mehr oder weniger. Mit dem heutigen Wissensstand, den wir alle haben, sind die Fragen beantwortet. Ich wäre zufrieden gewesen, wenn der Gemeinderat bei Frage 1 gesagt hätte: Ja, wir haben uns Gedanken gemacht und sind dran oder wir haben uns noch wenig Gedanken gemacht und eine Planung wird in die Hände genommen. Ich finde es schade, dass die Primarschulen, die Schüler von Allschwil in das Jubiläum nicht eingebunden werden. Es hängt nun wirklich von den einzelnen Lehrkräften ab, ob sie das Thema thematisieren oder nicht. Wenn die Antwort früher gekommen wäre, dann hätte ich wahrscheinlich ein Postulat eingereicht, um zu prüfen, ob man einen Fasnachtsumzug der Schule unter dieses Thema setzen könnte oder den Lehrern als Hilfe ein Dossier mit Grundinformationen zur Verfügung stellen könnte. Trotzdem bedanke ich mich für die Antworten und freue mich auf die 1. Augustfeier.

**Jürg Vogt**, Präsident: Gut, somit schreiben wir diese Interpellation ab.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 15.03.2015, betreffend Totalrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: Präsidentin Rahel Balsiger Sonjic, Geschäft 4067B

---

**Jürg Vogt**, Präsident: Das Geschäft ist schon länger in der Beratung. Wir hatten viele Stellungnahmen, eine Vernehmlassung und trotzdem gibt es in der jetzigen Vorlage, die heute zur Beratung steht, viele Anträge. Das Geschäft ist nicht vom Gemeinderat an uns gelangt, sondern wir haben uns das Geschäft selber gegeben, darum vertritt es auch die Präsidentin der Reglementscommission. Frau Balsiger kommt zusammen mit Herrn Häuptli nach vorne. Wir haben es so abgesprochen, weil es so umfassend ist, dass beide ausführen können, wie die Kommission zu diesem Entschluss kam, wie es heute vorliegt. Es ist erfreulich, dass sich beide Mühe geben, uns dies möglichst kurz zu erklären. Wir sind alle daran interessiert, heute die erste Lesung abzuschliessen. Wir werden heute über die Anträge abstimmen zuhänden der zweiten Lesung.

**Rahel Balsiger Sonjic**, Kommissionspräsidentin: Es freut mich ausserordentlich, dass wir heute zur ersten Lesung schreiten können. Ich freue mich auf eine spannende, wertschätzende und sachliche Diskussion. Auch heute werden wir mit dem bewährten Teamwork weitermachen, wie wir das in unserer Kommission pflegen. Darum sitzt Matthias Häuptli neben mir für das Juristen-Deutsch, welches heute auch zum Tragen kommen wird. Auch Jean-Jacques Winter wird ein paar Worte sagen, bevor wir loslegen. Ich möchte den Bericht nicht lesen, ich hoffe, Sie haben ihn gelesen. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Kommissionsmitgliedern bedanken, welche in der Zwischenzeit ausgetreten sind, Lukas Mussler und Simon Maurer, sie haben viel mitgearbeitet. Ich möchte mich auch bei Rita Jedelhauser bedanken, sie war die Anwältin, welche uns während fast zwei Jahren begleitet hat, und am Anfang noch Ines Weihrach, sie war beim Rechtsdienst der Gemeinde, bevor Ruedi Spinnler kam. Ich möchte mich auch bedanken für die gut eingereichten Anträge von allen Parteien, die kurz und klar verfasst sind. Der Gemeinderat wird durch Nicole Nüssli vertreten. Ich wäre froh, wenn wir über möglichst viele Anträge heute abstimmen können, damit wir in der Kommission den Puls spüren, damit wir dies bis zur zweiten Lesung so einflechten können. Ich habe die Anträge kurz gesichtet. Am meisten Diskussionsgrundlage werden die Ausstandsregelung, die Transparenz, die weibliche Form und die Amtszeitdauer von Kommissionspräsidenten geben. Wir werden auch über die Diskussion bezüglich Interpellation sprechen, über Budgetanträge und die Befragung von Mitarbeitenden der Gemeinde. Das ist der Hauptteil, wo teilweise auch Mehrfachnennungen kamen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir kommen zur Eintretensdebatte, danach stimmen wir übers Eintreten ab.

**Jean-Jacques Winter**, Kommissionsmitglied: Ich kann den Dank auf jeden Fall nur unterstützen. Die Kommission war 18 Monate schwanger. Schwanger auf dem Weg zu einem 20 Jahre-Werk. Wir stehen noch nicht am Taufstein, wir sind am Ende des Wochenbettes. In diesem Sinne bitte ich Sie, nicht über Details zu reden wegen Namensgeben und wie der Schnuller aussehen soll. Es geht jetzt darum, dass wir die Ideen, wie das Zimmer fertig gestaltet werden könnte, welches die Kommission konstruiert hat, einbringen. Wir haben eine zweite Lesung, und es wäre toll, wenn wir effizient heute Abend die erste Lesung durchziehen könnten, damit schlussendlich Jürg dies abschliessen kann. Nicht dass wir die zweite Lesung im Juni haben und am Schluss Pascale als Hebamme wirken muss. Ich bitte Sie, Ideen heute einzubringen, aber bitte nicht alles zerreden. Jede Fraktion ist in der Kommission vertreten. Wir werden dies in der nächsten Zeit diskutieren und Ihnen einen neuen Vorschlag, wie das Zimmer wirklich aussehen soll für die nächsten 20 Jahre, vorlegen.

**Roland Naef**, fraktionslos: Als ich heute die Änderungsanträge gelesen habe, habe ich mich gefragt, ob alles andere klar ist. Ich gehe davon aus, dass alles, was nicht geändert werden soll, klar und unbestritten ist. Ich möchte beliebt machen, dass wir nur über die Änderungsanträge reden und davon ausgehen, dass die anderen Artikel in Ordnung sind. Wenn wir die Änderungsanträge angenommen oder abgelehnt haben, ist es an der zweiten Lesung viel einfacher. Ansonsten reden wir heute Abend über Sachen, die bereits klar sind.

**Jürg Vogt**, Präsident: Ich denke, das Aufrufen der Paragraphen und kurz abchecken, ob es eine Wortmeldung gibt, ist das kleinste Problem. Ich bin ansonsten auch dafür, dass wir vorwärts machen können.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Allen Danksagungen zu Ehren, muss ich leider sagen, dass die CVP-Fraktion von dieser Vorlage wenig begeistert war. Es bringt nichts nennenswertes Neues, keine Verbesserungen. Dort, wo man das Reglement der aktuellen Praxis anpassen hätte können, wurde dies unterlassen. Man versucht dem Ratsbüro Aufgaben aufzuerlegen, welche rechtlich nicht haltbar sind, etc. Am Schluss wird aufgrund eines wohl falsch verstandenen Feminismus, eine Wortwahlstruktur gewählt, welche sich mit der modernen Gesetzgebung nicht vereinbaren lässt. Die CVP-Fraktion war nahe dran, heute Nichteintreten zu beantragen. Wir sehen davon ab und hoffen, dass aufgrund der zahlreich eingereichten Änderungsanträge die ganze Vorlage doch noch zu einem guten Abschluss gebracht werden kann.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Wir haben das Reglement auch an mehreren Fraktionssitzungen besprochen. Wir haben auch Änderungsanträge eingereicht. Wir halten das Reglement im Grossen und Ganzen für gelungen und danken für die Arbeit, die die Kommission in vielen Stunden geleistet hat. Wir haben bemerkt - das ist kein Vorwurf, wenn man daran ist ein Reglement zu machen und in der Materie drin ist, dass man etwas überschwänglich geworden ist. Das sehen wir bei ein paar Punkten und haben dort die Anträge eingereicht und hoffen auf Unterstützung. Aufgrund der vielen Änderungsanträge habe ich mich gefragt, ob wir es heute schaffen, alles abzuhandeln. Ich denke eher nicht. Bei so vielen Änderungsanträgen haben wir die Zeit nicht, damit wir klar werden, ob wir sie unterstützen möchten oder nicht. Ich frage mich, ob wir darüber heute abstimmen müssen. Könnte man diese nicht in die Fraktionen geben, damit die Fraktionen besprechen können, was sie unterstützen und was nicht. Wenn ein Änderungsantrag der CVP nun vorgetragen wird, dann kann ich mich nicht mit meinen Leuten besprechen, was wir möchten und was nicht. Wenn wir das nächste Mal darüber abstimmen, dann können die Fraktionen untereinander dies noch besprechen.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion schätzt die Unterlagen, die uns vorliegen, als eine hervorragende Arbeit ein, seriös und engagiert. Wir haben den Eindruck, dass das alte Reglement korrekt auf den neuen Stand gebracht wurde, wir sind aber nicht Juristen. Unser Eindruck ist dieser. Wir haben dazu keine materiellen Anträge, weder auf Änderungen noch auf Ergänzungen. Eine Nebenbemerkung, nicht im Sinn von Kritik an der Arbeit, sondern eher grundsätzlich, erlaube ich mir trotzdem. Ich habe den Eindruck, dass wir auf eine Welt zusteuern, die überreguliert ist. Das Reglement, das wir hier haben, steht für mich ein bisschen unter diesem Eindruck. Ich möchte aus zwei Gründen davor warnen. Erstens lohnt es sich nicht, alles zu regulieren, denn es bleiben immer Fragen offen. Zweitens kann man mit der Erwartung, dass man alles regulieren kann, Diskussionen sterben lassen, und das wäre sehr schade.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Ich möchte der Kommission den Dank der FDP-Fraktion aussprechen. Da wurde eine grosse Arbeit in unzählig freiwillig geleisteten Stunden. Das Verfahren, welches gewählt wurde, mit der Vernehmlassung anfangs dieses Jahres, haben wir sehr begrüsst. Dort hatte jede Fraktion die Möglichkeit, das Reglement anzuschauen, zu diskutieren in der Fraktion und zuhanden der Kommission Änderungsanträge zu stellen. Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass die eingereichten Änderungsanträge bereits dort der Kommission zur Kenntnis gebracht wurde und die Kommission darüber diskutiert hat. Wir in der FDP-Fraktion haben es mehrfach angeschaut und wir haben einen einzigen Änderungsantrag und sind ansonsten grundsätzlich für dieses Reglement.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Während der Eintretensdiskussion möchte ich Ihnen kurz etwas mitteilen bezüglich unserer Rolle. Dieses Geschäft ist ein Geschäft, welches den Gemeinderat letztendlich nicht so gross betrifft, sondern Sie und den Ratsbetrieb. Dennoch haben wir das Reglement zur Stellungnahme erhalten und haben unsere Stellungnahme auch abgegeben. Einzelne unserer Anträge wurden abschlägig behandelt oder man ist nicht darauf eingetreten. Wir erlauben uns, das haben wir mit dem Präsidenten so abgesprochen, uns dort, wo wir an unserem Wunsch festhalten, zu melden und begründen dies auch. Grundsätzlich ist der Gemeinderat auch ein bisschen der Meinung, wie das Stephan Wolf formuliert hat. Es wurde wenig Neues aufgegriffen aus der Sicht des Gemeinderates. Auch dies werden wir bei den einzelnen Punkten nochmals vorbringen. Das soll nicht als absolute Kritik verstanden werden. Das Geschäft war eine schwierige Angelegenheit. Noch ein Punkt zum heutigen Vorgehen und zum Wunsch von Florian Spiegel. Auch wenn ich Verständnis für diese Anregung habe, ist es nicht sinnvoll, wenn wir das so machen, denn es würde zu einer dritten Lesung führen. Ich weiss nicht, ob das sinnvoll ist. Es liegt nicht an uns, dies zu entscheiden, Sie entscheiden das Vorgehen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir haben dies vorhin auch besprochen, ob wir in der ersten Lesung über die Anträge abstimmen sollen oder nicht. Wir haben bis jetzt dies immer so durchgeführt, dass wir in der ersten Lesung über die Anträge abstimmen. Ich bin überzeugt, dass es zielführender ist, wenn man dies so macht. Stellt die SVP-Fraktion einen Antrag? Wir haben noch weitere Redner und Ihr könnt euch kurz besprechen.

**Jean-Jacques Winter**, Kommissionsmitglied: Florian, nicht vor lauter Wald keine Bäume, sondern vor lauter Buchstaben kein Text. Das Ziel der Kommission war ein möglichst kurzes Reglement. Das war eines unserer Ziele. Wir hatten die Vorstellung von 30 Paragraphen. Wir haben fünf Reglemente angeschaut von Gemeinden, die solche Einwohnerräte oder Stadträte haben. Wir sind von der Länge her im Mittelfeld. Wir hatten viele Sachen nicht drin und bemerkt, dass die anderen es haben, und uns überlegt, ob wir sie reinnehmen. Das Papier ist mehr als einmal durchgekaut, ich hoffe mundgerecht. Die Kommission stand einstimmig dahinter. Ich kann nicht sagen, dass überreguliert ist. Wir haben probiert das rein zu nehmen, damit man möglichst wenig als Büro oder Fraktion aufs Glatteis geführt werden kann. Nicole Nüssli hat gesagt, dass der Gemeinderat eine kleine Rolle gespielt hat, dafür danke ich euch sehr. Vor 20 Jahren hatten Leo Zehnder und Max Kamber eine sehr starke Rolle, als wir dies zum letzten Mal durchgekaut haben. Ich fand das toll, dass ihr euch zurückgezogen habt. Es ist unser Papier und unsere Hausordnung. Es ist ein guter Entwurf und wenn wir jetzt darüber abstimmen, dann sollten wir uns einfach darauf einigen, damit die Kommission dies überarbeiten und Ihnen nochmals servieren kann, damit es am Schluss für alle verhebt.

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: Ich möchte kurz etwas zur Entstehungsgeschichte des Reglements sagen. Ich war nicht von Anfang an dabei, ich habe trotzdem mitbekommen, was gelaufen ist. Es ist ein spezielles Geschäft, weil es ein Geschäft des Einwohnerrates ist und kein Bericht des Gemeinderates vorlag. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben viel Vorarbeit geleistet. Es gab vom Rechtsdienst viel Material, welches zusammengestellt wurde, teilweise sehr technisch, durchsetzt mit einer Vielzahl von Fussnoten, Gesetzen und Kantonsgerichtsentscheiden. Ich kann es ein bisschen verstehen, wenn teilweise der Eindruck entsteht, dass der Bär eine Maus geboren hat. Es ist eine Aufgabe, welche ein Milizgremium überfordert. Es hat die Kommission stark absorbiert in der letzten Zeit, es gab auch noch andere Geschäfte zu behandeln. Aus dieser Erfahrung wäre zu überlegen, ob man dies bei einem nächsten Mal nicht anders aufgleist. Es könnte bereits eine Vorlage vorliegen, was aktualisiert werden muss, und die Kommission könnte auf dieser Basis weiterarbeiten. Das ist eine Lehre, die wir daraus ziehen sollten.

**Jürg Vogt**, Präsident: Möchte der Rat auf das Geschäft eintreten? Gut, das ist der Fall.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich möchte den Antrag stellen, dass nachdem die Rednerliste erschöpft ist, wir ein kurzes Time-out haben, damit wir uns in der Fraktion kurz besprechen können. Diese Lösung ist allen dienlich.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir stimmen grad über diesen Antrag ab.

**://**:

Diesem Antrag wird zugestimmt.

Vor der Pause möchte ich noch etwas Wichtiges sagen. Es wurden einige Anträge schriftlich eingereicht. Es könnte sein, dass noch weitere Anträge kommen. Wie gehen wir mit diesen Anträgen um? Wenn zu einem Paragraphen mehrere Anträge da sind, wie mehren wir diese aus? Ich schlage vor und ich hoffe, Sie können mir da folgen und wurden von Frau Müller bereits informiert, dass wir gemäss dem neuen Reglement Artikel 85 Eventualabstimmungen vorgehen. Dort ist es klar umschrieben, es gibt wenig oder keine Interpretationsmöglichkeiten, wie man die Sachen einander gegenüberstellt. Der Bund macht es auch so, der Kanton auch und wir nun auch. Ist der Rat damit einverstanden, damit wir nachher keine Diskussionen haben, wie wir mit mehreren Anträgen bei einem Paragraphen umgehen? Ich gebe Ihnen kurz Zeit, damit Sie überlegen können. Im alten Reglement ist es gleich gemeint, je nach Interpretation. Der Einwohnerrat kann natürlich in der Situation alles anpassen. Aber für die erste Lesung des Reglements würde ich mich gerne auf diesen Artikel stützen. Wir stimmen darüber ab.

**://**:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

**PAUSE**

**INFO-FENSTER**

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Ich möchte Sie in Kenntnis setzen, dass wir ab dem 1. Mai eine Kooperation zwischen der Gemeindepolizei Allschwil und der Gemeindepolizei Binningen haben. Diese Zusammenarbeit findet statt im Bereich von gemeinsamen Patrouillen am Abend, gemeinsamen Polizei- und Verkehrskontrollen und gegenseitige Unterstützung bei einem Notfallereignis oder bei grösseren Anlässen, wo es entsprechend mehr Personal braucht. Mit dieser Kooperation versprechen wir uns eine grössere Präsenz ausserhalb der normalen Arbeitszeiten in diesen beiden Gemeinden und wir können uns gegenseitig aushelfen, wenn eine grössere Anzahl Polizisten gebraucht wird bei einem Anlass oder einer Verkehrskontrolle im einen oder anderen Gemeindegebiet. Zukünftig wird Ihnen nicht nur das blaugelbe Einsatzfahrzeug mit der Aufschrift Gemeindepolizei Allschwil hier begegnen, sondern es könnte auch das blauweisse Einsatzfahrzeug mit der Aufschrift der Gemeindepolizei Binningen sein. Vertraglich ist geregelt, dass die Binninger Gemeindepolizei sämtliche polizeiliche Befugnisse in Allschwil hat, sprich, wer sich nicht weiss zu benehmen, wird auch von denen entsprechend zurechtgewiesen oder erhält einen netten Einzahlungsschein ausgehändigt. Die Bevölkerung werden wir über einen Artikel im AWB informieren.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich habe eine kleine Frage, rein interessenshalber. Wenn die Polizei Binningen hier in Allschwil eine Busse ausstellt, welcher Gemeinde wird diese dann gutgeschrieben?

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir haben keine Fragestunde, aber wir können dies kurz beantworten.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Vertraglich ist geregelt, dass immer die Polizei, welche die Busse ausstellt, das Inkasso macht und somit fließt es dann auch in die entsprechende Gemeindekasse. Wir stellen die eingesetzten Stunden dem anderen nie in Rechnung. Das Ziel ist, dass es ein faires Geben und Nehmen ist.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Gut, dann gibt es in Binningen vielleicht noch einiges zu holen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Damit ist das Info-Fenster beendet und wir fahren mit der Detailberatung des Geschäftsreglements, die erste Lesung, weiter. Wir haben beschlossen, dass wir vor Abstimmungen 3 Minuten Time-out machen, damit die Fraktionen sich beraten können. Der 2. Vizepräsident führt durch die Beratung. Ich bitte Sie, sich aufmerksam zu melden, auch diejenigen, die die Anträge schriftlich gestellt haben.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

A. Beginn des Amtsjahres und Eröffnung

§ 1 Amtsjahr

§ 2 Konstituierung (§16 Abs. 1 GG)

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Das ist der richtige Ort, um meinen generellen Änderungsantrag für alle Paragraphen zu unterbreiten, weil hier erstmals die rein weibliche Form vorkommt.

**Jürg Vogt**, Präsident: Die weibliche Form ist bei Paragraph 99 geregelt, wollen wir es nicht dort diskutieren? Ich möchte beliebt machen, die neue Reglementsvorlage zur Hand zu nehmen und nicht die Synopse. Wir im Büro arbeiten mit dem Reglement.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

§ 3 Sitzordnung

§ 4 Terminplanung und Kerngeschäfte

B. Pflichten und Rechte des Ratsmitgliedes

§ 5 Teilnahme an Sitzungen

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat erachtet den Absatz 3 als rechtlich problematisch. Wir haben alle gewählten Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen hier drin. Wir gehen davon aus, dass man diese Wahl nicht einfach übergehen kann, indem hier im Rat entschieden wird, weil jemand nicht so seriös die Arbeit erledigt oder nicht immer anwesend ist, jemanden auszuschliessen. Wir beantragen Ihnen deshalb, diesen Absatz zu streichen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich kann mich diesen Ausführungen nur anschliessen, und ebenso den Absatz 4 zu streichen betreffend den Kommissionen. Dieser Antrag liegt schriftlich vor.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat dies auch bereits mitgeteilt, dass sie diesen Absatz für juristisch problematisch hält und wir möchten dem Antrag des Gemeinderates folgen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Du hast gesagt, dass der Gemeinderat erachtet, dass es rechtlich nicht tragbar ist. Ist es rechtlich nicht tragbar oder ist es aus eurer Optik falsch?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Es ist aus unserer Optik falsch, ich habe versucht, es freundlicher zu formulieren wie ein Jurist, der sagt, dass es nicht zulässig ist.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Klar, jede Person hier drin wurde von der Bevölkerung gewählt. Sie wurde aber auch gewählt, um diese Aufgabe wahrzunehmen und Teil einer Kommission des Rates zu sein. Wenn jemand unentschuldigt fehlt und in Ruhe gelassen werden möchte, dann könnte das Sache der Fraktion sein, dafür zu sorgen, dass jemand kommt. Oder das Büro kann dann sagen, dass es nicht geht so.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Um es deutlicher zu sagen. Ich bin der Meinung, dass es rechtlich nicht zulässig ist. Eine vom Volk gewählte Person kann nicht von dem Gremium, in welches es gewählt wurde, ausgeschlossen werden.

**Mario Elser**, Grüne/EVP-Fraktion: Ich möchte mich dem Votum anschliessen. Wir wurden vom Volk gewählt. Wenn wir dem Mandat nicht nachgehen, dann ist das nicht schön, aber es ist auch im National- und Ständerat so. Das Parlament kann niemanden des Amtes entheben, das geht nicht.

**Jürg Vogt**, Präsident: Es geht um Paragraph 5, Absatz 3. Der Antrag der CVP und des Gemeinderates lautet Streichung des Absatzes. Braucht der Rat hier 3 Minuten Time-out? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

**://**

Dem Antrag auf Streichung wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Absatz 4. Was für den Einwohnerrat gilt, gilt natürlich auch für die Kommissionen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich bin da klar anderer Meinung, nämlich dass wir den Absatz 4 lassen. Hier steht, „die Bestimmungen gelten sinngemäss für die Sitzungen des Büros und der Kommissionen“. Vorhin wurde gesagt, dass das Gremium, in welches man gewählt wurde, niemanden ausschliessen kann. Aber das Gremium wählt die Person ins Büro oder in die Kommission, also hat sie auch die Kompetenz, diese auch wieder zum Zurücktreten zu bewegen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Einverstanden, dann muss man aber Absatz 4, welcher dann neu zu Absatz 3 wird, neu formulieren, weil für sich allein gestellt, macht er keinen Sinn.

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: Absatz 4 wird nicht gegenstandslos, wenn man Absatz 3 streicht. Es heisst „diese Bestimmungen“. Das bezieht sich auch auf Absatz 1 und 2, die regelmässige Teilnahme und die Abwesenheiten werden im Protokoll festgehalten. Absatz 4 kann man so stehenlassen. Das hat nicht zur Folge, dass man jemanden ausschliessen kann. Die Ausschlussmöglichkeit ist draussen, wenn wir Absatz 4 nicht neu formulieren.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich empfehle Ihnen, den Absatz 4 drin zu lassen, so wie er jetzt formuliert ist, dann bezieht er sich auf Absatz 1 und 2. Die Ausschlussregel würde ich weiter hinten reinnehmen unter Paragraph 16ff, wo es ums Büro geht, und Paragraph 17ff, wo es um die Kommissionen geht. Dort könnte man diese Ausschlussmöglichkeit reinnehmen, falls Sie das möchten. Sie müssen dann natürlich bestimmen, wer das Gremium für diesen Ausschluss ist. Das ist dann wahrscheinlich nicht der Einwohnerrat, sondern die Kommission. Ich weiss auch nicht, wie man das dann regeln möchte.

**Roland Naef**, fraktionslos: Für den Ausschluss ist die Partei zuständig. Und wenn es die nicht schaffen, ihre Mitglieder dazu zu verpflichten, dass sie regelmässig an die Sitzungen gehen, dann sind sie selber schuld. In eine Partei kommt man nur, wenn man in einer Partei ist. Wenn man zur Partei austritt, dann ist man auch nicht mehr in der Kommission. Infolgedessen ist es überflüssig, dass es hier steht.

**Rahel Balsiger Sonjic**, Kommissionspräsidentin: Die ganze Ausschlussgeschichte ist ein Input aus dem Einwohnerrat. Das ist nicht auf dem Mist der Kommission gewachsen. Das kursierte 2012 herum, was man tun kann, um die nicht erscheinenden Mitglieder auszuschliessen. Ich möchte mich da nicht mit fremden Federn schmücken.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Nachdem Absatz 3 gestrichen wurde, und Absatz 4, neu Absatz 3, sich auf Absatz 1 und 2 bezieht, ziehe ich die Streichung dieses Absatzes zurück.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

§ 6 Ausscheiden (§ 13 GG i. V. m. § 132 Abs. 1 GG)

§ 7 Mitwirkungsrechte

§ 8 Auskunftsrecht

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Wir regen an, das haben wir auch schriftlich vorliegend, dass wir den letzten Satz ergänzen: „oder die noch vor der Beschlussfassung durch den Gemeinderat stehen“. Wir sehen, wenn der Gemeinderat in Verhandlungen ist, die noch nicht öffentlich sind, dass niemand Kenntnis haben muss, und bei laufenden Geschäften auch. Wir schlagen vor, dass wir dort diese Möglichkeit, den Riegel zu schieben, geben. Das hat nichts mit GPK oder PUK zu tun, das ist etwas anderes.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Dies wäre auch der Antrag des Gemeinderates gewesen, ich schliesse mich diesem Antrag an.

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: In den Bestimmungen steht, dass die Ratsmitglieder die Auskunft erhalten „mit Zustimmung der zuständigen Departementsvorsteher bei den einzelnen Dienstzweigen der Gemeindeverwaltung“. Man hat kein allgemeines Auskunftsrecht, sondern es braucht die Zustimmung eines Gemeinderatsmitglieds. In diesem Fall wird das Gemeinderatsmitglied diese Zustimmung einfach nicht geben.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die Zustimmung eines Gemeinderatsmitglieds kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Geschäfte, welche vor dem Gemeinderatsbeschluss sind, nicht öffentlich zugänglich sind. Darum unterstütze ich den Antrag der SP ebenfalls.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag der SP.

**//:**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

§ 9 Aktenauflage

§ 10 Weiterbildung

---

## § 11 Entschädigung

## § 12 Offenlegung von Interessenbindungen und Ausstandsregelung

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Zu Absatz 4 und 5 hat die SVP einen Antrag eingereicht. Wir möchten gerne Absatz 4 kürzen auf: „Ratsmitglieder treten bei Geschäften, die sie unmittelbar betreffen, in den Ausstand.“ Paragraph 5 möchten wir ganz streichen. Die Regel ist gut gemeint, aber sie macht eine sinnvolle Diskussion praktisch unmöglich. Die Interessenverstrickungen ergeben sich automatisch aus dem Grund, dass der Einwohnerrat ein Milizparlament ist und fast immer irgendwelche Interessenverbindungen bestehen. Zum Beispiel beim neuen Schulhaus hätte sich mit Absatz 5 Jean-Jacques Winter, der während der Schulhausdebatte Lehrer war, nicht äussern dürfen. Da gäbe es noch ganz viele andere Sachen. Wenn es zum Beispiel um ein paar Bäume geht, wo die Landwirte das Fachverständnis haben, dann dürfen sich diese nicht äussern. Das Geschäft müsste dann jemand anders aus der Fraktion aufgreifen, einreichen und vertreten. Irgendjemand könnte argumentieren, was überhaupt nicht stimmt, und derjenige, der es weiss, darf nicht dagegen argumentieren, weil er an die Interessen gebunden ist. Diese Regelung ist gut gemeint, aber zu streng reguliert.

**Markus Gruber**, FDP-Fraktion: Auch die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass man den Absatz 5 streicht. Dies ist eine Überregulierung und überflüssig auf Stufe des Einwohnerrates. Hier appellieren wir an die Eigenverantwortlichkeit der Mitglieder des Rates. Was auf Stufe der eidgenössischen Räte Sinn macht, ist auf unserer Stufe nicht nötig. Wir unterstützen den Antrag der SVP auf Streichung des Absatzes 5.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Die SP regt an, dass man in Absatz 4 das Wort „unmittelbar“ durch „persönlich“ ersetzt. Ein Vereinspräsident, das hat Florian Spiegel gesagt, ist Lobbyist für den Fussballverein, auch wenn er selber spielt. Aber wenn es um die Strasse geht vor der eigenen Haustüre oder um die Umzonung des eigenen Hauses, dann ist man persönlich betroffen, und dann soll man in den Ausstand treten.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat ist der Meinung und geht damit noch weiter, dass beide Absätze 4 und 5 gestrichen werden sollten. Absatz 4 betrifft die Ausstandsregelung, das ist in Paragraph 22 im Gemeindegesetz geregelt. Das Gemeindegesetz ist ein übergeordnetes Gesetz, dort ist dies bereits enthalten. Paragraph 5 ist eine erweiterte Ausstandsregelung, da ist der Gemeinderat klar der Meinung, dass dies eine Lähmung des Ratsbetriebs wäre. Darum stufen wir das als unnötig ein.

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: Wie Frau Nüssli zu Recht gesagt hat, die Ausstandsregelung findet sich im Gemeindegesetz. Über den Ausstand können wir hier drin nicht diskutieren. Wir haben drei Varianten zur Auswahl. Entweder wir sagen gar nichts, dann steht einfach nichts zum Ausstand im Geschäftsreglement, oder wir verweisen auf das Gemeindegesetz. Das ist für das einzelne Ratsmitglied, welches im Geschäftsreglement nachschauen möchte, nicht sehr hilfreich. Die Kommission hat sich für die dritte Variante entschieden. Man schreibt die Bestimmung aus dem Gemeindegesetz ab, damit sie im Geschäftsreglement nachgelesen werden kann. So ist das zu verstehen. Das mag gesetzestechnisch nicht sehr elegant sein, aber es ist ein praxisorientierter Entscheid.

Zu Absatz 5 liegt ein Missverständnis vor. Das ist keine Ausstandsregelung, sondern in Absatz 5 wird erwartet, dass die Mitglieder, welche in eigener Sache sprechen, dies einfach sagen. Wenn Jean-Jacques Winter sich zum Schulhaus äussert, ist es schon fast selbstverständlich, dass er sagt, dass er übrigens Lehrer ist und davon auch betroffen ist. Es ist bereits Usus hier im Rat, so wie ich das mitbekommen habe, dass man auf die Sachen, die einem selber betreffen, hinweist. Mehr soll das nicht sein, das ist keine Ausstandsregelung. Selbstverständlich ist das Sachwissen von denen, die an einer Sache nahe dran sind und sich einbringen können, und als Interessensvertreter im Rat etwas bewirken sollen, weiterhin gefragt. Man soll einfach sagen, dass man selber einer der Betroffenen ist.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich schliesse mich den vorliegenden Anträgen ebenfalls an. Es ist keine schlechte Sache, wenn man im Geschäftsreglement wiederholt, was im Gemeindegesetz steht, das macht es lesbarer. Was hingegen Absatz 5 betrifft, meine ich nicht, dass dies keine Ausstandsregelung ist. Es steht klar drin: Sie können bei der Behandlung des Geschäfts nicht mitberaten und nicht



mitbestimmen. Man wird da sehr wohl in den Ausstand geschickt. Eine weitergehende Ausstandsregelung, als es vom Gemeindegesetz gefordert ist, könnte als Verstoss gegen das kantonale Gesetz angeschaut werden. Auch darum meine ich, dass Absatz 5 ersatzlos gestrichen werden muss.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich möchte die SP anfragen, ob sie ihren Vorstoss zurückziehen, wenn ich in meinem Vorstoss in Paragraph 12 Absatz 4 wie folgt ändere: „Ratsmitglieder treten bei Geschäften, die sie persönlich betreffen in den Ausstand“?

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Ja, das machen wir.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Dann ändere ich „unmittelbar“ in „persönlich“ in meinem Antrag.

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: Ich stelle fest, dass ich die Synopse vor mir habe und andere Mitglieder haben den Bericht vor sich. Da gibt es eine Differenz, das ist offensichtlich ein redaktionelles Versehen. Wir haben immer mit der Synopse gearbeitet. Offensichtlich wurde eine Änderung nicht richtig übertragen. „Sie können bei der Behandlung des Geschäftes nicht mitberaten und mitbestimmen, sie können in solchen Angelegenheiten auch keine Motion, Postulate, Interpellationen und kleine Anfragen stellen“, das ist im Geschäftsreglement noch drin, welches vorliegend ist, das ist meiner Meinung nach ein klares Versehen, weil wir dies gestrichen haben.

**Jürg Vogt**, Präsident: Also die Synopse ist gültig und nicht das Reglement?

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: Wir haben am Schluss an der Synopse gearbeitet und offensichtlich wurde dies nicht übertragen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Der Wortlaut in der Synopse in Paragraph 12 Absatz 5 ist nicht der gleiche wie der Wortlaut im Reglement. Das ist mir auch aufgefallen, und deshalb habe ich vorgeschlagen, dass wir mit dem Entwurf des Reglements arbeiten. Die Kommission schlägt den Text der Synopse vor unter Absatz 5. Ich hoffe, die Einwohnerräte können folgen. Die Kommission will nur den kürzeren Text in der Synopse als gültig erklären.

**Jean-Jacques Winter**, Kommissionsmitglied: Es geht ganz klar darum, dass wir unseren neuen Vorschlag dem alten gegenüberstellen. Die Synopse zeigt auf einen Blick, was anders ist als vorher. Es macht Sinn, wenn wir mit der Synopse arbeiten. Das andere haben wir leider vergessen dort rauszustreichen. Bitte arbeiten wir doch mit der Synopse.

**Jürg Vogt**, Präsident: In diesem Fall schlage ich vor, dass wir mit der Synopse weiterarbeiten. Mir ist das aufgefallen, dass hier etwas nicht stimmt.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Am Schluss ist aber das Reglement gültig. In der zweiten Lesung lesen wir nur das Reglement. Nicht dass wir später sagen, dass wir über die Synopse entschieden haben und im Reglement steht etwas anderes.

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Das habe ich mir auch überlegt. Wir können nicht über eine Synopse reden und nachher heisst es, wir hätten über das Reglement gesprochen. Wir haben dann nur über den Text gesprochen. Wenn ihr euch nicht entscheiden könnt, was gemacht werden muss, dann müssen wir uns überlegen, wie wir weitermachen, damit wir nicht zwei Mal dasselbe machen. Auch als Nichtjurist sollte es möglich sein, dass wir hier eine Lösung finden, die verhebt. Es braucht eine klare Linie.

**Jürg Vogt**, Präsident. Entschuldigung, ich danke Herrn Hofmann, aber ich glaube, wir haben es gehört. Die Kommission und die Präsidentin entschuldigen sich dafür, wir arbeiten jetzt mit der Synopse weiter.

---

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Wenn wir heute Abend mit der Synopse weiterfahren, dann haben wir keine erste Lesung des Reglements. Aus diesem Grund müssen wir das Reglement durchgehen. Die Kommissionspräsidentin darf selbstverständlich einen Antrag stellen, dass sie den Text dort ins Reglement nehmen möchte. Aber wir diskutieren hier drin nicht über die Synopse, sondern wir sprechen über das Reglement. Also bitte einen Antrag stellen, und dann ist die Sache gegessen und wir können weiterfahren.

**Rahel Balsiger Sonjic**, Kommissionspräsidentin: Wir fahren mit dem Reglement weiter, weil ich nicht mit zwei Dokumenten nebeneinander arbeiten kann.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Rein formal juristisch hat Herr Zimmermann Recht.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Wenn wir mit dem Reglement weiterfahren, dann müsste jetzt der Antrag kommen, dass wir diesen Absatz bzw. diese zwei Sätze aus dem Absatz 5 von Paragraph 12 streichen. Nämlich diese zwei Sätze: „Sie können bei der Behandlung des Geschäfts nicht mitberaten und mitbestimmen. Sie können in solchen Angelegenheiten auch keine Motionen, Postulate, Interpellationen und kleine Anfragen stellen“. Dieser Antrag sollte jetzt von der Reglementscommission kommen.

**Jean-Jacques Winter**, Kommissionsmitglied: Genau, das wollte ich sagen, die Kommission stellt diesen Antrag.

**Jürg Vogt**, Präsident: Gut, wir kommen zum Antrag. Wir stimmen zuerst über den Antrag zu Absatz 4 ab. SP und SVP haben sich geeinigt auf folgenden Wortlaut.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Der Antrag der SVP ist wie folgt, Paragraph 12 Absatz 4. „Ratsmitglieder treten bei Geschäften, die sie persönlich betreffen in den Ausstand“. Die SVP hat in ihrem Antrag zu Absatz 5 beantragt, dass man diesen streicht. Jetzt hat die Reglementscommission auch einen Antrag gestellt, jetzt müssten wir diese beiden gegenüberstellen, und das wollen wir nicht. Deshalb ziehe ich in meinem Antrag die Streichung zu Paragraph 12 Absatz 5 zurück.

**Jürg Vogt**, Präsident: Die SVP zieht ihren Antrag zu Absatz 5 zurück. Wir stimmen jetzt über Absatz 4 ab.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Wenn Sie dies so ändern: „Ratsmitglieder treten bei Geschäften, die sie persönlich betreffen in den Ausstand“, dann frage ich mich, was ein Geschäft ist, das einem persönlich betrifft. Wissen Sie, was das alles ist? Eigentlich jedes. Sie fahren irgendwann über jeden Fussgängerstreifen in Allschwil. Ich würde beliebt machen, die gleiche Formulierung zu übernehmen wie im Gemeindegesetz. Dann haben wir wenigstens einen Aufhänger, falls es mal einen Entscheid gab, damit man weiss, was unmittelbar heisst. „Persönlich betroffen“ wird wohl niemand herausfinden, und dann ist es toter Buchstabe.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung. Wir stellen den Antrag „unmittelbar“ mit „persönlich“ zu ersetzen dem Antrag der Reglementscommission gegenüber.

**://:**

Der Vorschlag der Reglementscommission obsiegt.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir kommen zu Absatz 5.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsident: Hier mache ich Ihnen beliebt, diesen ganz zu streichen, trotz dem Antrag der Kommission. Wenn es Ihnen nur darum geht, dass wir die Interessensbindung aufzeigen, ohne dass es eine Konsequenz hat, dann ist es fraglich, was das soll. Nur interessehalber bringt es nichts. Wir wissen, dass Jean-Jacques Winter Lehrer ist bzw. war. Ich empfehle Ihnen, den ganzen Absatz 5 zu streichen.

**Barbara Selinger**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte es nicht komplizierter machen. Ich weiss nicht, ob wir bei Absatz 4 über den zweiten Satz abgestimmt haben.

**Jürg Vogt**, Präsident: Der Absatz 4 ist bereinigt. Zu Absatz 5 haben wir den Antrag des Gemeinderates auf Streichung. Die Kommission stellt den Antrag die zwei letzten Sätze zu streichen.

**Markus Gruber**, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion stehen zu diesem Antrag und behalten ihn auf Streichung des ganzen Absatzes. Wir finden ihn nach wie vor überflüssig aus Gründen, welche Nicole Nüssli erklärt hat.

**Rahel Balsiger Sonjic**, Kommissionspräsidentin: Im Moment steht der Antrag auf Streichung gegenüber dem Antrag, wie es in der Synopse formuliert ist. Streichung oder Variante Synopse Absatz 5.

**Jürg Vogt**, Präsident: Gut, dann stellen wir diese beiden Anträge einander gegenüber.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wäre es nicht sinnvoll, wenn wir zuerst darüber abstimmen, ob wir den Absatz ganz streichen wollen oder nicht. Und wenn wir dann der Meinung sind, dass wir ihn nicht streichen, dann können wir darüber entscheiden, ob wir ihn so belassen, wie im Entwurf oder gemäss Synopse, wie er von der Kommission beantragt wird.

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: Es geht nicht, dass man eine weitergehende Ausstandsregelungen hat. Es kann nicht die Frage sein, ob man die beiden Sätze stehenlässt. Deshalb hat sie die Kommission in einer früheren Fassung gestrichen. Aus irgendeinem Grund ist dies nun in der Vorlage wieder drin. Aber es ist glaub unbestritten und rechtlich die einzig zulässige Variante, diese beiden Sätze zu streichen. Ich bin dafür, dass wir die beiden Anträge gegenüberstellen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Ich möchte dem gerne folgen und wir stellen diese beiden Anträge einander gegenüber.

**://:**

Mit 16 zu 16 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Absatz gestrichen.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

## C. Organisation des Rates

### § 13 Organe des Rates

#### I. Leitungsorgane

#### § 14 Ratspräsidentin

#### § 15 Vizepräsidentinnen

#### § 16 Büro

## II. Kommissionen

### § 17 Aufgaben (§19 VOR)

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Wir haben am Anfang diskutiert bezüglich Ausschluss in den Kommissionen? Ist das nicht mehr Thema oder wurde das vergessen?

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

### § 18 Berichterstattung

### § 19 Zurückstellung, Rückweisung, Nichteintreten

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Die SP schlägt vor, dass wir Absatz 2 komplett streichen. Es ist eine der Hauptaufgabe der Kommission zu prüfen, ob das Geschäft ratstauglich ist oder nicht. Zudem informiert die Kommission den Rat über Gründe, weshalb sie es zurückgeben möchte. Diese Hoheit sollten wir den Kommissionen belassen. Es kommt auch ganz selten vor.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

**://**

Der Antrag der SP wird grossmehrheitlich angenommen.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

### § 20 Ständige Kommissionen (§104 Abs. 1 GG)

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Zu Paragraph 20 hat die SVP einen Änderungsantrag eingereicht. Wir möchten gerne Absatz 4 und Absatz 6 streichen. Es geht dort um die Amtszeitbeschränkung des Kommissionspräsidenten auf zwei Legislaturen, wobei eine angebrochene bereits als eine zählt. In Absatz 6 geht es um die Mitglieder der Fireko und GPK, dass sie dies während maximal drei Legislaturen machen dürfen. Wir meinen, dass es eine Überregulierung ist. Sie widerspricht zwei Sachen, die immer wieder im Raum stehen. Erstens haben wir im Einwohnerrat sowieso eine starke Fluktuation. Aus diesem Grund finden wir es überflüssig. Allein dadurch gibt es genügend Wechsel in den Kommissionen. Gleichzeitig widerspricht sie dem oft geäußerten Wunsch von Kontinuität in den Kommissionen. Jetzt will man vor allem bei den Präsidenten Beschränkungen einführen, das erachte ich als nicht sinnvoll. Der Einwohnerrat hat selber die Möglichkeit bei der konstituierenden Sitzung für die Kommissionen ein Mitglied nicht mehr zu wählen oder einen Präsidenten nicht mehr zu wählen, wenn sie meinen, er macht den Job zu lange oder nicht richtig. Das müssen wir hier nicht mit einer Amtszeitbeschränkung regeln. Diese Kompetenz können wir dem Einwohnerrat überlassen und diese zwei Absätze streichen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Ich bitte Sie der Ordnung halber, zu Absatz 4 zu sprechen, damit wir diesen bereinigen können.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben auch den Antrag eingereicht, Absatz 4 von Paragraph 20 ersatzlos zu streichen. Die Amtszeitbeschränkung ist hier relativ kurz gefasst. Wir haben schon mehrmals bemerkt, dass es nicht einfach ist, die Präsidien von den Kommissionen gut zu besetzen. Es braucht eine gewisse fachliche Kompetenz und es gibt den Parteienproporz, der beachtet werden muss, etc. Der Einwohnerrat ist erheblich eingeschränkt bei der Wahl der Kommissionspräsidenten. Wenn jetzt noch eine Amtszeitbeschränkung dazu kommt, dann wird sich das Problem massiv verschärfen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Dem Gemeinderat wäre es ein grosses Anliegen, wenn man bei diesem Punkt Neuerungen eingebracht hätte. Es gibt die kantonalrechtlichen Kommissionen, Fireko und GPK. Bei den anderen Kommissionen sind wir frei in der Wahl. Dem Gemeinderat wäre es ein grosses Anliegen, wenn wir die Kommissionen, welche es schon immer gab, neu ordnen würde. Das heisst, man hätte beispielsweise noch drei ständige Kommissionen, und diese würden sich jeweils auf die einzelnen Departemente beziehen. Soziale Dienste – Gesundheit, BEK und Sicherheit. Die sind nicht in den Kommissionen vertreten, sondern die Kommission für Gemeindeordnung oder für Gemeindefreglemente muss alles beantworten. Die Kenntnisse dort sind derart breit gestreut, sodass es aus Sicht des Gemeinderates sinnvoller wäre, dies fachlich den Kommissionen zuzuordnen. Das ist ein Anliegen, welches man für die zweite Lesung mitnehmen und in der Kommission nochmals diskutieren könnte.

Und dann hat der Gemeinderat noch einen Antrag zu Absatz 5. Dort sollte geregelt werden, dass der Antrag vom Einwohnerratsbüro kommt zum Entzug des Präsidiums und dass es ein Zweidrittelmehr braucht für das Absetzen des Präsidiums.

**Jürg Vogt**, Präsident. Wir sind immer noch bei der Beratung von Absatz 4.

**Rahel Balsiger Sonjic**, Kommissionspräsidentin: Den Input der Präsidentin Nicole Nüssli nehme ich entgegen, dass wir die Kommissionen den Departementen anschliessen könnten. Die Befristung der Amtsperiode war vorhin auch drin. In der Kommission wurde diskutiert, dass es nicht schadet, wenn nach 12 Jahren jemand anders das Präsidium übernimmt und frischen Wind reinbringt. Es fragt sich, ob nur der personelle Engpass zählen soll und man sämtliche Amtsbefristungen rausnehmen soll.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Wir alle sind in den Einwohnerrat gewählt. Es gibt Aufgaben hier drin, wir können nicht nur hier sitzen und die gelbe Karte in die Luft strecken. Es gibt für jede Funktion hier sicher nicht nur eine Person, die das machen kann. Ich habe vorhin einen Antrag abgegeben zu diesem Absatz. Alle Kommissionen haben eine Funktion als Kontroll- oder Gestaltungsorgan und sicher nicht als Monopolorgan von einer Person. Mein Antrag lautet: Zwei Perioden, eine angebrochene, gilt nicht. Zwangsweise muss dann gewechselt werden. Der Antrag der Kommission lautet, dass eine angebrochene Periode bei zwei Jahren zählt. Ich würde es anders machen, eine angebrochene gilt nicht. Aber es gibt kein Monopol. Ich möchte nicht 16 Jahre jemanden in einer Kommission im Präsidium. „Eine angebrochene Amtsperiode wird nicht gezählt“.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich staune, wie hier argumentiert wird. Ich habe mich vorgängig geäussert. Alle vier Jahre gibt es eine konstituierende Sitzung. Dort wird der Präsident gewählt von uns und wir können in Mehrheitsentscheiden klar und deutlich sagen, dass wir den wollen oder nicht. Dort haben wir sogar die Möglichkeit, alle vier Jahre auszutauschen. Man nimmt dies entweder ernst oder es ist uns egal, dann macht der halt 20 Jahre weiter. Wenn wir finden, dass dieser Mann die richtige Person ist, dann ist dies halt so während 20 Jahren. Oder wir nutzen diese Möglichkeit und bringen nach vier Jahren eine neue Person. Ich weiss nicht, weshalb wir dazu zusätzliche Paragraphen brauchen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Es gibt zu Absatz 4 den Antrag der SP zu Ergänzung. Und dann gibt es den Antrag der CVP und der SVP auf Streichung. Der Antrag von Herrn Winter ist kleiner. Ich würde gerne den vorgeschlagenen Absatz, wie er jetzt im Reglement steht, der Ergänzung, wie es die SP vorschlägt, gegenüberstellen.

**:::**

Der Antrag der SP auf Ergänzung obsiegt.

Jetzt haben wir noch den Antrag Absatz 4 zu streichen.

**:::**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir fahren weiter mit Absatz 5 und 6. Gibt es dazu Anträge?

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Den Absatz 6 würde ich so belassen, und zwar aus folgendem Grund. Das sind Prüfungskommissionen und dort ist es ähnlich wie bei Revisionsmandaten, die man regelmässig wechseln sollte, damit die Interessen nicht zu nahe beieinanderliegen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Gibt es noch Anträge zu Absatz 5?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: In Absatz 5 steht, dass das Präsidium des Rats entzogen werden kann, wenn die Präsidentin ihre Pflicht nicht erfüllt. Der Antrag des Gemeinderates ist: „darf das Präsidium auf Antrag des Einwohnerratsbüros und mit einem Zweidrittelsmehr vom Einwohnerrat entzogen werden“. Ich glaube nicht, dass es richtig wäre, wenn der Einwohnerrat mit einem einfachen Mehr das Präsidium entziehen kann.

**Jürg Vogt**, Präsident: Gut, wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

**://:**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Absatz 6.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Ich wiederhole, der Absatz soll so bleiben.

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: Ich unterstütze, was Andreas Bammatter sagt. Es geht hier nicht darum, ob man mit jemandem zufrieden ist oder nicht. Man kann mit einem GPK- oder Fireko-Mitglied während 20 Jahren zufrieden sein. Es geht darum, dass es in diesen Kontrollgremien eine Rotation gibt, damit immer wieder neue Leute mit anderen Augen dies anschauen. So kann auch etwas entdeckt werden, was sonst nicht aufgedeckt worden wäre, wenn es immer die gleichen Leute sind, die das anschauen. Ich empfehle auch den Absatz stehen zu lassen. Es entspricht auch dem, was jetzt bereits gilt.

**Jürg Vogt**, Präsident: Es gibt einen Antrag auf Streichung des Absatzes 6 der SVP. Die Kommission befürwortet ihren Vorschlag. Wir stimmen über den Antrag auf Streichung ab.

**://:**

Mit 22 gegen 11 Stimmen wird der Vorschlag der Kommission gutgeheissen.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

§ 21 FIREKO, Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (§§ 98-100 GG, § 7 GO)

§ 22 GPK, Geschäftsprüfungskommission (§§ 101-103 GG; § 15 GpR; § 6 GO)

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Ich bin der Meinung, dass wir Paragraph 22 um den Absatz 7 kürzen sollten, also diesen streichen. Die GPK ist ein Mittel des Einwohnerrates und nicht des Gemeinderates.

**Matthias Häuptli**, Kommissionsmitglied: Wenn ich mich richtig erinnere, kam dazu ein Anstoss aus dem Gemeinderat. Der Gemeinderat kann Aufträge an die GPK geben. Da war man klar der Meinung, dass dies nicht so sein soll. Die Kommission fand es sinnvoll, wenn der Gemeinderat die Möglichkeit hat, eine Einberufung der GPK zu verlangen, um ihr ein Problem vorzulegen. Es liegt dann aber in der Kompetenz der GPK zu entscheiden, ob sie prüfen möchte oder nicht. Diese Kompetenz bleibt bei der GPK. Das ist

kein schlechtes Instrument, wenn der Gemeinderat diese Möglichkeit hat. Sie können sagen, dass sie etwas mit der GPK anschauen möchten, aber die GPK entscheidet selber, ob sie dann etwas machen oder nicht. Wie richtig gesagt wurde, ist die GPK ein Instrument des Einwohnerrates und nicht des Gemeinderates.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Hat der Gemeinderat nicht sowieso über den Einwohnerrat die Möglichkeit der GPK einen Auftrag zu geben? Ich meine, diese Möglichkeit hat er dort. Aus diesem Grund wird Absatz 7 hinfällig, ich unterstütze diesen Antrag zur Streichung.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wenn man die Ausführungen der Kommission beim Wort nimmt, dann müsste das Wort verlangen durch das Wort beantragen ersetzt werden. So, wie es jetzt steht, hat der Gemeinderat die Kompetenz die Einberufen der GPK zu verlangen. Die GPK hat dann dem zu folgen. Offenbar ist dies nicht die Meinung der Kommission, darum müsste es durch beantragen ersetzt werden. Ich bin auch der Meinung, dass dieser Absatz überflüssig ist, die GPK ist ein Instrument des Einwohnerrates und nicht des Gemeinderates. Absatz 7 sollte gestrichen werden.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich bin auch der Meinung, dass es gestrichen werden soll. Falls es stehenbleibt, müsste das Wort verlangen mit beantragen ersetzt werden. Wenn verlangen steht, dann ist die GPK nicht mehr frei zum Entscheiden, was sie macht.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage. Hat dies etwas mit der Gewaltentrennung zu tun? Der Gemeinderat hat dort nicht reinzufunken. Das ist eine Sache der GPK und des Einwohnerrates. Das ist eine Grauzone, ich bin auch für die Streichung.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Wir schliessen uns der Streichung auch an. Die GPK ist ein Organ des Einwohnerrates und der Gemeinderat kann dem Einwohnerrat eine Prüfung beantragen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass wir die GPK einberufen könnten im Sinne einer PUK. Wenn es ein Geschäft gibt, wo der Gemeinderat der Meinung ist, dass es wichtig wäre dies anzuschauen, dann ist die GPK das einzige Gremium, der man diesen Auftrag erteilen könnte. Es war dem Gemeinderat wichtig, dass wir die GPK einberufen können bzw. den Antrag stellen, dass sie sich einem Thema annehmen und dies prüfen. Wenn sie es dann machen, ist es ihre Sache. Der Entscheid bleibt selbstverständlich bei der GPK.

**Jürg Vogt**, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag auf Streichung des Absatzes 7 ab.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

**Philippe Adam**, 2. Vizepräsident:

§ 23 KoGeRe, Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente

§ 24 VPUK, Kommission für Verkehrs-, Planungs- und Umweltfragen

§ 25 Nichtständige Spezialkommissionen (§104 GG; §19 VPR)

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage zu den ständigen Kommissionen generell. Wenn ich die Gemeindepräsidentin richtig verstanden habe, möchte sie eine generelle Neuordnung und Strukturierung der beständigen Kommissionen. Auf das sind wir aber jetzt nicht eingegangen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Ich habe das auch gedacht, dass ich diesen Antrag noch stelle, ob da eine Mehrheit zu finden ist.

---

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Bis jetzt hatten wir als ständige Kommissionen nebst der Fireko und der GPK die Reglementscommission und die VPK. Dem Gemeinderat wäre es ein Anliegen, dass wir anstelle dieser beiden Kommissionen drei Kommissionen hätten, und zwar jedem Departement zugeordnet. Dann könnte ein Reglement, wo es um soziale Dienste geht, von dieser Kommission behandelt werden. Wenn es um eine Sicherheitsfrage geht, würde es von der anderen Kommission behandelt werden. Die Reglementscommission müsste dann nicht so breit diskutieren. Ich habe gehört, dass die Präsidentin der Reglementscommission dies aufnimmt und für die zweite Lesung vorbereitet.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich möchte davon abraten, dass wir über dieses Thema heute Abend abstimmen. Wir stimmen jetzt über die einzelnen Paragraphen und Absätze ab, aber nicht um grundsätzliche Strukturen der Kommissionen. Ich meine, dass wir es nicht einmal auf die zweite Lesung schieben sollen. Es gibt drei Sitzungen, denn die erste Lesung ist heute in zwei Minuten vorbei, und sie geht in einem Monat weiter. Es sollte möglich sein, den Antrag des Gemeinderates in einer Woche zu formulieren und der Reglementscommission zu übergeben. Die können uns diesen zehn Tage vor der Sitzung senden, damit wir in den Fraktionen darüber diskutieren können. So können wir dies in der nächsten ersten Lesung behandeln.

**Jürg Vogt**, Präsident: Sie möchten keine orientierende Abstimmung, ob man die Kommissionen neu ordnen soll. Sie möchten weitermachen und trotzdem einen Vorschlag des Gemeinderates entgegennehmen, damit dieser in der nächsten Einwohnerratssitzung diskutiert werden kann. Wenn wir heute eine grössere Mehrheit finden, um die Kommissionen neu zu bilden, dann kann man das verfolgen. Wie man das macht, ist nochmals eine Frage. Es wirft das Ganze schon nochmals über den Haufen. Ich möchte gerne wissen, was das Kommissionspräsidium dazu meint.

**Rahel Balsiger Sonjic**, Kommissionspräsidentin: Grundsätzlich tönt es nach einer guten Idee. Nach der zweiten Überlegung frage ich mich, wie die Kommissionen heissen sollen und wie das Pflichtenheft aussieht. Wir haben ja hier nur das Reglement, worüber wir befinden. Eine VPK könne man dem Departement Robi Vogt zuordnen, die Fireko geht zum Departement Franz Vogt und nachher würde es noch eine Kommission geben für das Departement von Christoph Morat? Ich habe nicht ganz verstanden, wie das neue System aussehen soll.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Die Idee ist, dass wir um 21.00 Uhr abrechen, oder? Gut, dann schlage ich vor, dass wir es so machen, wie es Florian Spiegel gesagt hat. Der Gemeinderat überlegt sich eine Formulierung und schlägt diese vor. Danach können wir das diskutieren.

**Jürg Vogt**, Präsident: Dürfen wir das in die Büro-Kompetenz nehmen und darüber befinden? Wenn wir zu einer einstimmigen Meinung kommen, dann können wir dem Einwohnerrat einen Vorschlag machen. Ich habe jetzt vielleicht ein bisschen vorgegriffen. Ich möchte die Sitzung für heute abrechen, es ist leider so gekommen und wir sind jetzt an einem verwirrten Punkt. Wir haben bemerkt, dass es wirklich etwas wäre, das eine Totalrevision braucht. Es ist richtig, dass wir jetzt darüber sprechen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Der Antrag war, dass der Gemeinderat dies aufs Papier bringt, das Papier wird der Reglementscommission übermittelt, die Reglementscommission übermittelt es an die Fraktionen, diese besprechen es bis zur nächsten Sitzung und an der Sitzung besprechen wir es hier drin. Das Büro tut nichts vorentscheiden. Frau Nüssli schreibt etwas, gibt es an Frau Balsiger, Frau Balsiger gibt es allen Mitgliedern des Rates und dann wird an der Fraktionssitzung diskutiert. Und hier drin wird das nächste Mal fertig besprochen.

**Jürg Vogt**, Präsident: Somit beenden wir die Sitzung für heute und ich bedanke mich für das Ausharren.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich finde es einen äusserst gefährlichen Antrag. Wenn dies so kommt mit einer Neuordnung der Kommissionen, dann sind wir ein Jahr zurückgeworfen. Dann wird das ganze Reglement anders und wir fangen wieder ganz vorne an.



**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich bin nicht mehr Lehrer, jetzt bin ich Redner. Es kann nicht sein, Simon, dass das Büro es an die Fraktionen gibt und dann wird darüber diskutiert. Die Kommission muss schauen, was herausgestrichen wird und was durchkommt. Es wird niemals reichen bis zur nächsten Sitzung im Einwohnerrat. Nicole Nüssli arbeitet viel, aber morgen habe ich dieses Papier trotzdem noch nicht. Das dauert zehn Tage. Dann haben wir in der Kommission keine zehn Tage Zeit, um dies an die Fraktionen zu geben. Das gibt ein neues Konzept des Reglements des Einwohnerrates.

**Jürg Vogt**, Präsident: Es ist richtig und wichtig, dass wir jetzt einen Schlusstrich ziehen und einen Zwischenhalt machen. Es ist etwas Grundlegendes, das hier an den Tag gekommen ist. Danke und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

**ENDE**